

nesische Truppen gegen ihre nordsudanesischen Offiziere meuterten und viele Beamte aus dem Norden flohen, geschlossen. Gewisse Zeitungen wollten damals die Schuld den Missionaren und den evoluierten Christen des Südens zuschieben. Der Haß des Südens gegen den Norden stammt aus der Zeit des Sklavenhandels, als die Mohammedaner des Nordens ihre Negersklaven aus den Südprominzen bezogen. Der religiöse Faktor tritt erst in zweiter Linie zu dieser Spannung hinzu. Immerhin ist auf dem 1. Kongreß der Katholischen Aktion im Sudan im Februar dieses Jahres auf folgende Punkte in den Beziehungen zwischen Mohammedanern und Katholiken im Sudan hingewiesen worden:

1. Während sich Regierung und Stadtbevölkerung für die Religionsfreiheit erklären, sind die Christen noch einer Reihe von Beschränkungen unterworfen.
2. Gewissensfreiheit ist wohl verkündet worden, aber es besteht noch eine gesetzliche Bestimmung, wonach man zum Religionswechsel die Genehmigung der Provinz und des Gouverneurs braucht.
3. Das öffentliche Zeremoniell vollzieht sich nach mohammedanischem Ritus, so daß die Katholiken sich gehemmt fühlen, daran teilzunehmen.
4. Christliche Friedhöfe, wie die von Omdurman und Port Sudan, sind geschändet, die Kreuze umgestoßen worden.
5. Gegen die Christen des Südens sind beleidigende Worte gebraucht worden. Diese Christen finden nur schwer Arbeit bei den Mohammedanern. Selbst die Polizei ist manchmal christenfeindlich eingestellt.

Die Südprominzen sind gegenwärtig sehr verärgert, weil die Schulen auch zum neuen Schulbeginn im April und Mai nicht wieder geöffnet worden sind, obwohl die Ruhe schon lange wiederhergestellt ist. Im Sudan soll künftig Arabisch überall Unterrichtssprache sein, was für den Süden die Einführung eines ganz neuen Schulplans bedeutet, eine Belastung, die mit jeder weiteren Verlängerung der Schulschließung größer wird. Die Schulen wurden hier bisher in der Landessprache geführt. Der Staat wird künftig Privatschulen wohl dulden, aber danach streben, allmählich ein Staatsmonopol im Unterrichtswesen zu erreichen (Fides-Dienst, 7. April).

## Ökumenische Nachrichten

„Rechte Hilfe“  
für die  
Ost-EKD

Das Wesentliche in der Entwicklung des Verhältnisses der DDR zu den christlichen Religionsgemeinschaften ist nicht so sehr jene Verschärfung der Spannung, etwa in Sachen Jugendweihe, Bahnhofsmision und Religionsunterricht an den Schulen, wovon in jüngster Zeit viel die Rede war. Diese Spannung war verhältnismäßig begrenzt — auf der Durchführung der Jugendweihen wurde zu Ostern nicht mehr nachdrücklich bestanden —, und sie wurde schon überschattet von dem Bestreben Pankows, eine Generalbereinigung des Verhältnisses zu den Kirchen, einen vertraglichen Modus vivendi vorzubereiten, um dadurch die DDR besser zu konsolidieren: die Kirchen sollen durch eine solche Vereinbarung der DDR zur endgültigen Anerkennung verhelfen.

In diesem Zusammenhang veröffentlicht „ein maßgeblicher kirchlicher Mitarbeiter aus der DDR“ im „Informationsblatt“ (Hamburg, Jhg. 5 Nr. 8, 2. Aprilheft 1956, S. 119) einen bemerkenswerten Beitrag, wie man den öst-

lichen Gliedkirchen der EKD in dieser besonderen Lage die rechte Hilfe leisten könne. Gemeint ist geistliche Hilfe. Der Verfasser sagt, daß jede solche Hilfe erstens auf dem Grunde einer rechten Fürbitte beruhen müsse. Sodann gehöre dazu „die rechte Sicht der Situation. Es besteht heute die große Gefahr, daß die deutschen Menschen in Ost und West sich auseinanderleben . . . Außerlich sprechen wir wohl dieselbe Sprache, aber wir verstehen uns kaum mehr. Die Lebens- und Denkformen sind so grundverschieden, daß man erst lange den Weg zueinander suchen muß. Man erlebt das zum Teil schon in den einzelnen Familien selber. Die beiden Wirtschaftsstrukturen sind so diametral entgegengesetzt, daß es für Westdeutschland leichter ist mit dem westlichen Ausland ins Gespräch zu kommen als mit dem östlichen Teil Deutschlands . . .“ Aus dieser Sachlage erhebe man gegenseitig den Vorwurf: „Ihr wollt die Wiedervereinigung ja gar nicht.“ Die Kirche müsse sich aus dieser gegenseitigen Verketzerung heraushalten: „Nur dann kann sie ihre Aufgabe, eine Klammer zwischen Ost und West zu sein, erfüllen, wenn sie in dieser Situation beiden Seiten das Vertrauen entgegenbringt, daß mindestens bona fide der Wille zur Wiedervereinigung auf beiden Seiten vorhanden ist. Das bedeutet nicht, daß die Kirche kritiklos beide politischen Konzeptionen als richtig anerkennt. Sie wird beiden gegenüber ihre Fragen anmelden; eine rein marxistische Konzeption wird sie zudem auf jeden Fall ablehnen müssen. Aber sie wird es die Gesprächspartner merken lassen, daß sie ein gutes Wollen bei ihnen respektiert, und sie wird, so sehr man es ihr auch verdenken mag, auf beiden Seiten die Bereitschaft zu einem echten Gespräche wachhalten.“

*Beide Regierungssysteme für die EKD „nur provisorisch“*

„Für beide Regierungen in Deutschland und auch für beide Regierungssysteme ist der Gesprächspartner jedesmal die EKD. Sie hat nach beiden Seiten aus der gleichen Sicht zu reden. Das heißt aber, sie hat beiden Regierungen zu sagen, daß die EKD in ihnen nur ein Provisorium sieht. Das bedeutet nicht, daß sie keine verbindlichen Abmachungen mit den einzelnen Regierungen treffen dürfte. Das ist einfach geboten, z. B. in der Frage der Militärseelsorge oder auch in rein finanziellen Fragen. Aber es darf nicht der Anschein erweckt werden, als ob die EKD in der Bundesrepublik ein Definitivum und nur in der DDR ein Provisorium sehe. Hinter dem im Osten gegen die EKD erhobenen Vorwurf, sie begünstige die Nato-Politik, steht weithin dieser Eindruck. Die Kirchen des Westens haben also, wenn ihnen an einer wirksamen Hilfe für die Kirchen des Ostens gelegen ist, ihre eigenen Verlautbarungen daraufhin zu überprüfen, ob, sicher ungewollt, dieser Eindruck entstehen kann.“

Als letztes bittet der ungenannte Verfasser, man möge sich in kirchlichen Verlautbarungen in der Presse des Westens größere Zurückhaltung auferlegen, besonders bei den inneren Auseinandersetzungen etwa um das Kirchliche Außenamt, weil diese Dinge im Osten in einer abträglichen Weise für die Kirche ausgenutzt werden.

In dieser Stellungnahme eines „maßgeblichen“ lutherischen Vertreters aus der Ostzone fällt die Hartnäckigkeit auf, mit der die Linie des Berliner Evangelischen Kirchentages von 1951 festgehalten wird, wonach die EKD gleichsam den „dritten Ort“ darstellt, von dem aus die verschiedenen Regierungssysteme politisch bewertet werden können (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 537f.). Das ist praktisch eine Spitze gegen die Bundesrepublik.

**Britischer  
Kirchenrat  
intervenierte  
wegen Zypern**

Die Zypernfrage ist zu einem Testfall für den moralischen Einfluß des Weltrats der Kirchen geworden, von dessen Ausgang es weitgehend abhängen

wird, ob es möglich ist, die Russisch-orthodoxe Kirche zur Mitarbeit an der Ökumenischen Bewegung zu führen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 386). Die Deportation des orthodoxen Erzbischofs Makarios hatte in dem scharf ablehnenden Urteil der bestürzten Ökumene die Kirche von England in eine schiefe Lage gebracht, weil der Erzbischof von Canterbury, Dr. Geoffrey Fisher, im britischen Oberhaus Mitte März eine verlegene Haltung eingenommen hatte. Zwar hatte er davon gesprochen, es sei keinem britischen Gewissen wohl dabei, wenn ein politischer Führer ohne Gerichtsverhandlung verhaftet und fortgeschafft wird, um so mehr, wenn eine solche Einmischung in die Zuständigkeit einer christlichen Gemeinschaft erfolgt. Indem er aber die Haltung des Erzbischofs Makarios als kirchlichen und als politischen Führers der zypriotischen Unabhängigkeitsbewegung aus der geschichtlichen Tradition erklärte, gab er doch „in aller Freundschaft“ zu verstehen, daß nach englischer Tradition „es unmöglich ist, diese beiden Funktionen miteinander zu verbinden, und daß derjenige, der es versucht, wie jeder andere Politiker nach seinen politischen Methoden beurteilt und behandelt wird“.

Erzbischof Fisher hatte dann allerdings einige Vorschläge gemacht, wie man zum Frieden gelangen könne: 1. Die britische Regierung solle unverzüglich auf der Grundlage des Briefwechsels zwischen Erzbischof Makarios und dem Gouverneur Harding eine Verfassung entwerfen, die dann mit Makarios weiter ausgehandelt werden könne; 2. die griechische und die türkische Regierung sollten zusammen mit der britischen an die Bevölkerung Zyperns appellieren und sie zum Einstellen des Terrors bewegen; 3. Erzbischof Makarios solle davon unterrichtet werden, daß seine Verbannung vorübergehend ist und nur so lange dauert, bis Ruhe und Ordnung auf Zypern wiederhergestellt sind.

Während der Erzbischof von Canterbury politisch und britisch sprach, machte sich in derselben Oberhausitzung der Außenminister der Kirche von England, Dr. G. K. A. Bell, Bischof von Chichester, zum Sprecher der Ökumene, die es nicht verstehen könne, daß ausgerechnet Großbritannien einen solchen Eingriff in eine Kirche vornimmt, „für den es keine moralische Grundlage gibt“.

#### *Schwenkung des Erzbischofs von Canterbury?*

Inzwischen waren gut sechs Wochen verstrichen, als am 24. April der Britische Rat der Kirchen, dem sämtliche nicht-römisch-katholischen Glaubensgemeinschaften angehören, zusammentrat, um zur Zypernfrage eine Erklärung abzugeben, die nun sehr viel ökumenischer ausgefallen ist. In dieser Erklärung heißt es zwar, der Rat bedauere, daß die führenden christlichen Persönlichkeiten Zyperns den Terror nicht verurteilt hätten. Sodann wird von allen beteiligten Christen gefordert, daß sie etwas zur Beendigung der Gewalttaten tun und einander eine versöhnende Hand reichen. Der Rat stellt sich vor allem hinter die Vorschläge des Erzbischofs von Canterbury bezüglich Ausarbeitung einer Verfassung für Zypern, die mit der Wiederherstellung der Ordnung Hand in Hand gehen sollte. Zum Schluß „unterstreicht der Rat seine Entschlossenheit, nach Kräften für die Aufrechterhaltung der

Gemeinschaft zwischen den britischen Kirchen und den Kirchen Zyperns, Griechenlands und der Türkei zu wirken“.

Bemerkenswerter als diese Erklärung sind indessen die scharfen Äußerungen, die der Erzbischof von Canterbury zur Eröffnung der Sitzung des Britischen Kirchenrates abgab. Er verurteilte die völlige Passivität, mit der die britische Regierung die Dinge treiben lasse, so daß die Entrüstung der Welt gerechtfertigt sei! „Vor sechs Wochen erlaubte ich mir im Oberhaus, der Regierung ein paar Vorschläge zu machen, die von rein negativer Haltung zu konstruktiven Handlungen führen konnten. Diese Vorschläge waren vielleicht nicht gut, aber sie versetzten viele Christen in der griechisch-orthodoxen Kirche Zyperns und viele wohlmeinende Kritiker in England und anderswo in die Lage, sich nicht auf eine bloße Entrüstung zu versteifen, sondern wieder zu hoffen, daß etwas Positives und Heilsames getan, und zwar schnell getan würde. Fast sechs Wochen sind darüber verstrichen, und alles, was der Premierminister am 17. April im Unterhaus zu sagen hat, ist: ‚Verhandlungen kommen so lange nicht in Betracht, wie auf Zypern Ruhe und Ordnung noch nicht wiederhergestellt sind‘.“

Man wird gespannt sein dürfen, welche Autorität der Weltrat der Kirchen, der eine wesentlich angelsächsische Institution ist, über die britische Kolonialpolitik und den Premierminister Eden haben wird. Diese Testfrage birgt ungeahnte Möglichkeiten für die Entfaltung einer ökumenischen öffentlichen Meinung.

**Konstituierung einer** Nach „Christian Century“ (11. April asiatischen Ökumene 1956) haben im Februar und März dieses Jahres in Bangkok eine Reihe geschichtlich bedeutsamer ökumenischer Konferenzen der asiatischen Christen stattgefunden. Sie dienen der Konstituierung einer asiatischen Ökumene im Rahmen des Weltrates der Kirchen, nachdem die Gründung eines eigenen Generalsekretariats für Ostasien im Jahre 1949 nicht den gewünschten Erfolg gebracht, das heißt zu einer genügenden Beachtung der Anliegen der „Jungen Kirche“ Asiens in der ökumenischen Arbeit geführt hat. Der bisherige Generalsekretär für Ostasien, Dr. Rajah Manikam, ist unterdessen Bischof der lutherischen Tamilenkirche Indiens mit dem Sitz in Tranquebar geworden. Es geht jetzt darum, wie auch „The Ecumenical Review“ (Vol. 8 Nr. 3, April 1956, S. 334) schreibt, die Aufgabe dieses Asiensekretariats zu ändern und einen umfassenderen „Asien-Rat für ökumenische Mission“ zu bilden. Denn die Kirchen Asiens bedürften einer stärkeren selbständigen Verantwortung für die Evangelisation dieses Kontinents, wobei auf die nationalen Empfindlichkeiten der neuen asiatischen Staaten Rücksicht genommen werden muß. Darüber soll 1957 eine eigene Konferenz von Bevollmächtigten der asiatischen Mitgliedskirchen des Weltrates und des Internationalen Missionsrates endgültig befinden.

Zur Vorbereitung dieser Entscheidung dienten die diesjährigen Konferenzen in Bangkok: 1. des Weltbundes Christlicher Studenten, 2. von 150 theologischen Erziehern und ökumenischen Führern Asiens, die von der Tagung des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen in Australien heimkehrten, und 3. eine theologische Konferenz von Vertretern des Weltrates und des Internationalen Missionsrates, an die sich weitere Konferenzen von

Asienmissionaren anschlossen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Gründung einer zentralen theologischen Hochschulfakultät für Ostasien mit dem Sitz in Kyoto oder in Bangkok sowie ein Zusammenschluß der verschiedenen theologischen Colleges zum Zwecke einer Vereinheitlichung der Ausbildung von Missionaren. Ein Hauptziel dieser Maßnahmen soll sein, das Wiedererwachen des Buddhismus, des Hinduismus und des Islams besser zu studieren und den christlichen Glauben in einer dem asiatischen Denken entsprechenden Form zu verkünden. Dabei solle man sich auch auf einheimische asiatische Kunst, Architektur und Musik, stützen.

**Neue Bibeln in der Sowjetunion** Die letzten Nummern des Journals des Moskauer Patriarchats (JMP) enthielten überraschende Mitteilungen über eine Neuauflage der russischen Bibel.

Übersetzungen der (russisch-) kirchenslawischen Bibel in die russische Umgangssprache wurden in Rußland seit Anfang des 19. Jahrhunderts unternommen. Im Jahre 1858 erhielten die vier Geistlichen Akademien den Auftrag, diese Übersetzungen einer Durchsicht zu unterziehen und eine neue russische Bibelausgabe zu veranstalten. So erschien im Auftrag des Heiligen Synods 1863 (seit 1860) das Neue Testament, 1875 (seit 1868) das Alte Testament. Seit 1875 gab es somit die vollständige russische Bibel, die sogenannte Synodale Bibel, die bis zur Revolution gebräuchlich war. In den schweren Zeiten, die der russischen Kirche seither beschieden waren, konnten keine Bibeln mehr gedruckt werden. Es ist nicht bekannt, in welchem Ausmaß Revolutionswirren, Not, Gottlosenpropaganda und Krieg die in Rußland so volkstümliche Bibel auszurotten vermochten. Sicher ist aber, daß die russische Bibel in den Herzen der Gläubigen bis auf den heutigen Tag bewahrt worden ist. Mit dem Segen des Patriarchen Alexius wurde 1955, im 80. Jubiläumsjahr der Synodalen Bibel, eine Neuauflage in Angriff genommen. Diese Nachricht macht frühere Meldungen verständlich, nach denen bereits Mitte vorigen Jahres den Absolventen Geistlicher Seminare Exemplare des Neuen Testaments ausgehändigt wurden. Offenbar handelte es sich hierbei bereits um Neudrucke.

#### *Kritik des Moskauer Patriarchats an den auslandsrussischen Übersetzungen*

Schon 1954 widmete das JMP seine Aufmerksamkeit den Fragen der russischen Bibelübersetzungen. Den Anstoß gab das Ausland. 1951 wurden unter Leitung des russischen Emigranten-Bischofs Kassian (Rektor des Orthodoxen Theologischen Instituts in Paris und Professor für neutestamentliche Wissenschaft) die Arbeiten zu einer neuen russischen Übersetzung des NT aufgenommen. Die Initiative lag bei ökumenischen Kreisen (besonders dem YMCA), die Durchführung des Unternehmens bei der Britischen und Ausländischen Bibelgesellschaft. Die Herausgabe des Matthäus-Evangeliums (London 1953) nahm A. Ivanov, Dozent an der Moskauer Geistlichen Akademie, zum Anlaß einer scharfen Kritik, die sich nach folgenden Gesichtspunkten zusammenfassen läßt:

1. Die Übersetzungsarbeit geschieht ohne Mitwirkung und ohne Segen der Moskauer Patriarchatskirche. (Bischof Kassian gehört mit dem Pariser Theologischen Institut zum Westeuropäischen Russischen Exarchat des Patriarchen von Konstantinopel.)

2. Die Kommission, die dem Bischof Kassian zur Seite steht, setzt sich nicht nur aus Orthodoxen zusammen, sondern auch aus Vertretern anderer Konfessionen, sogar der russischen evangelischen Bewegung.

3. In der Vorrede zur Ausgabe des Matthäus-Evangeliums motiviert die Kommission die Notwendigkeit der neuen Übersetzung mit der schnellen Entwicklung der Umgangssprache, wodurch die heutige Generation nicht mehr in der Lage sei, den Text der Synodalen Ausgabe zu verstehen. „Mit solchen Ansichten kann man sich schwerlich einverstanden erklären“, schreibt der Autor. „Zugegeben, daß die russische Sprache sich entwickelt; aber doch nicht so schnell, daß die Kinder nicht mehr ihre Väter verstehen. Zudem scheint uns die Kenntnis der zeitgenössischen russischen Umgangssprache seitens der weit von der Heimat entfernt lebenden Initiatoren dieser Übersetzung äußerst zweifelhaft.“

4. Zu verwerfen ist das Bestreben des Übersetzers, die altslawischen Worte und Wendungen zugunsten einer Vereinfachung des russischen Textes zu eliminieren. „Unsere kirchenslawische Sprache ist heiliges Erbe und kostbarer Quell unserer Muttersprache, die sie bis heute befruchtet. Ihre Kraft, Ausdrucksfähigkeit, Gedankentiefe, Harmonie und Gliederung ihrer Sätze machen ihre nicht nachzuahmende Schönheit aus. In dieser Sprache haben uns die geistinspirierten Slawenapostel die Bücher der Heiligen Schrift vermacht.“

5. Die Übersetzungsarbeit richtet sich nach den Fortschritten der modernen textkritischen Forschung; als Vorlage wurde der 1949 in 19. Auflage in Stuttgart erschienene griechische Text von Nestle, ein Ergebnis protestantischer Forschungsarbeit, genommen.

Die Tendenzen dieser Forschung sind, wie Ivanov sagt, einseitige Beachtung der alexandrinischen oder ägyptischen Textgestalt, die nur durch eine kleine Zahl von Handschriften repräsentiert wird (so den Majuskelhandschriften, vor allem Codex Sinaiticus und Codex Vaticanus), während die Autorität der viel zahlreicheren östlich-byzantinischen Denkmäler, die dem *textus receptus* und dem in der Orthodoxie allgemein gebräuchlichen Text zugrunde liegen, verworfen wird. Ohne sich auf die *kirchliche* Texttradition zu stützen, lasse man sich durch das größere Alter der Majuskelhandschriften verführen, deren Entstehung in Dunkel gehüllt sei und deren Alter noch nicht die Übereinstimmung mit dem Urtext garantiere. Ivanov sucht nachzuweisen, daß es der protestantischen Forschung — bei allen Erfolgen — nicht gelang, den traditionellen kirchlichen Text zu diskreditieren. „Alle ihre Ergebnisse sind auf ihre Übereinstimmung mit dem Geist der universalen (ökumenischen) Wahrheit hin zu betrachten und zu verifizieren. Die Kontinuität dieser ununterbrochen in der Orthodoxen Östlichen Kirche lebenden Wahrheit — das ist das Prinzip, das, der protestantischen Bibelkritik unbekannt, die notwendige Bedingung für einen richtigen Gebrauch der existierenden Texte der Heiligen Schrift ist.“ Die alexandrinische Textgestalt leidet zudem an erheblichen Widersprüchen ihrer sehr vereinzelt dastehenden Denkmäler untereinander. Die byzantinische Form dagegen hat, obwohl ihre Denkmäler nicht über das 8. Jahrhundert hinausgehen, den Vorzug, daß deren außerordentlich große Zahl untereinander weitgehende Übereinstimmung aufweist.

Ivanov führt für seinen Standpunkt die Autorität des angesehenen russischen Theologen N. N. Glubokovskij an,

der vor der Revolution Redakteur der Orthodoxen Theologischen Enzyklopädie war, als Kronzeugen westlicher Wissenschaft den Engländer J. W. Bourgon, also gleichfalls einen Gelehrten der vorrevolutionären Zeit.

6. Während also auch die Herausgeber der neuen Matthäus-Übersetzung eine einseitige Bevorzugung der einzelnen Majuskelhandschriften, besonders des Codex Vaticanus, erkennen lassen, hätte man bei der ganzen Arbeit von dem kirchlich gebräuchlichen griechischen und slawischen Text und von der Synodalen russischen Übersetzung ausgehen sollen. „Bei Textproblemen und in allen anderen Fällen hat sich der orthodoxe Theologe nach der Regel zu richten: *Nihil aliud probamus, nisi quod Ecclesia.*“ Es genügt nicht, daß die kritisierte Übersetzung zur Beruhigung des orthodoxen Lesers alle Abweichungen des kirchlich-orthodoxen Textes in Klammern oder Fußnoten setzt (oder sogar völlig eliminiert). Ivanov führt zahlreiche dieser in Klammern gesetzten Abweichungen, Varianten und Auslassungen an.

#### *... und an der Washingtoner Ausgabe*

Im Oktoberheft des JMP 1955 setzte sich der Professor an der Leningrader Geistlichen Akademie, A. Osipov, mit einer anderen auslandsrussischen Bibelausgabe auseinander, nämlich mit der 1952 von der Russischen Bibelgesellschaft in Washington (USA) herausgegebenen Bibel in der russischen Übersetzung nach der Synodalen Vorlage. Hier richtet sich die Kritik gegen die im Protestantismus übliche Zusammenfassung der nichtkanonischen Schriften des AT zu einem besonderen Anhang „Apokryphe Bücher“. Der Anspruch der Washingtoner Bibel, die Tradition der Synodalen Bibel fortzusetzen, könne nicht anerkannt werden. In der Synodalen Bibel waren die nichtkanonischen Bücher, wie in der Septuaginta und in der slawischen Bibel, unter den kanonischen an entsprechender Stelle aufgenommen. Nach orthodoxer Auffassung sind sie zwar nicht, wie die kanonischen, vom göttlichen Geist inspiriert, aber als erbauliche und für die Seele heilsame Schriften doch für würdig befunden, in der Heiligen Schrift zu figurieren. Der Titel des „apokryphen“ Teils lasse aber erkennen, daß die Washingtoner Bibel sie nicht zur Heiligen Schrift rechnet.

Die kritisierte Tendenz wird dadurch unterstrichen, daß die Washingtoner Bibel alle Verweise auf nichtkanonische Parallelstellen aus den kanonischen Schriften entfernt hat, obwohl die Verweise in den nichtkanonischen Büchern auf kanonische Parallelstellen beibehalten sind.

Aber außer den elf nichtkanonischen Büchern sind auch die sonstigen nichtkanonischen Einschübe in den kanonischen Büchern entweder überhaupt weggelassen (beispielsweise der 151. Psalm und Daniel 13—14) oder aus ihrem Zusammenhang herausgerissen und als Bruchstücke unter den „Apokryphen“ aufgeführt. Auch die in der Synodalen Bibel enthaltenen erläuternden Zusätze und Varianten zum hebräischen Text, die der Septuaginta und ihren slawischen Übersetzungen entnommen sind, ignoriert die Washingtoner Bibelausgabe völlig; so fallen allein im 1. Buch Moses fort: 406 Einfügungen (im Umfang von 1 bis 23 Wörtern) aus der Septuaginta und der altslawischen Bibel, 28 chronologische Varianten, 7 Varianten von Eigennamen und eine Fußnote über den Unterschied zwischen dem hebräischen (massoretischen) Text und dem griechischen der Septuaginta. „Wie können aber die Herausgeber der Washingtoner Bibel diese nach all dem für eine

Kopie der vollständigen Synodalen Ausgabe ausgeben? Mit der Beseitigung dieser Zusätze geht der orthodoxe Bibelleser der alten interpretierenden Tradition des 3. Jahrhunderts vor Christi Geburt verlustig, die unsere Heilige Kirche so sorgfältig gehütet hat.“

#### *Neuaufgabe der Synodalen Bibel*

„Nach allem Gesagten wird es klar, wie notwendig und zeitgemäß die jetzt in Angriff genommene Ausgabe der russischen Patriarchalen Bibel ist, die die wahre und allein berechnete Nachfolgerin der früheren Russischen Synodalen Bibel ... werden muß. Für den gläubigen russischen Menschen wird sie die Richtschnur des rechtgläubigen Textes und jener Prüfstein sein, an dem die rechtgläubigen russischen Menschen die Stellung der Kirche zur Bibel stets von beliebigen nichtorthodoxen Abweichungen werden unterscheiden können.“

Es kann angenommen werden, daß die russische Patriarchatskirche seit langem um eine Neuaufgabe der (Synodalen) Bibel bemüht war. Eines der Motive, die jetzt den Anstoß zur Verwirklichung gaben, ist zweifellos in diesem letzten Satz enthalten — höchst wahrscheinlich zugleich eines der Argumente, mit denen das Moskauer Patriarchat die Druckerlaubnis der Regierung erreicht hat: Die von den auslandsrussischen Bibeln zu erwartenden Wirkungen und der Einfluß sowohl orthodox-schismatischer als auch protestantisch-sektiererischer Richtungen des Auslands sollen rechtzeitig durch Verbreitung der traditionellen russischen Bibel abgeschirmt werden. Mit der Neuaufgabe der Synodalen Bibel weist sich aber das Moskauer Patriarchat erneut als Hort des orthodoxen Glaubens und der echten orthodoxen Tradition aus.

Sehr bezeichnend schreibt A. Ivanov über die neue Übersetzung des Matthäus-Evangeliums: „Mit der in Angriff genommenen Herausgabe einer neuen Übersetzung der Heiligen Schrift verfolgen ihre Urheber sehr weitgesteckte Ziele und Aufgaben. Sie hoffen, daß die Übersetzung den Bedürfnissen des ganzen ‚frommen rechtgläubigen russischen Volkes‘ entsprechen und ‚schöpferische Bedeutung für die Entwicklung der russischen Sprache‘ erlangen wird. Gleichzeitig ‚betrachten sie ihre Arbeit als ein gesamtchristliches Werk‘. Ohne es für nötig zu erachten, auf die reichliche Anmaßung in den angeführten Äußerungen einzugehen, verweisen wir nur auf den Indifferentismus im Verhältnis zur Orthodoxen Kirche, der in der letzten Bemerkung anklingt. Durch Aufnahme von Personen verschiedener Konfession in die Übersetzungskommission zeigen die verantwortlichen Leiter des Vorhabens, daß ihr Ziel über die Interessen einer Kirche, nämlich der russischen, hinausgeht, daß sie im gegebenen Fall im Interesse des ganzen Christentums, der ganzen christlichen Welt handeln. Aber diese panchristlichen Tendenzen, die das Gepräge eines konfessionellen Kosmopolitismus tragen, erregen unwillkürlich den Verdacht, daß sich hinter ihnen Vorhaben verbergen, die der Orthodoxie fremd sind.“

Die beabsichtigte Wirkung der neuen Bibelausgabe in Rußland geht über die Abwehr missionarischen Einflusses von außen her hinaus. Anscheinend verspricht sich die russische Kirchenleitung von ihr eine innermissionarische Wirkung zur Vereinigung besonders der dissidenten Orthodoxen, der sogenannten Altgläubigen, unter dem Moskauer Patriarchat. In einer Würdigung der vom Heiligen Synod der

russischen Kirche im 19. Jahrhundert veranstalteten Arbeiten zur Übersetzung der Bibel und anderer kirchlicher Literatur wurde diese Tätigkeit auf den Seiten des JMP von einem Altgläubigen als das beste Mittel zur Annäherung des „alten und neuen orthodoxen Ritus“, d. h. der Altgläubigen und der orthodoxen Kirche, bezeichnet. „Die Russische Orthodoxe Kirche und ihr Synod haben während einer fast hundertjährigen Periode ihre hohe Mission in hinlänglichem Maße erfüllt, dem russischen gläubigen Volk dieses geistliche Brot zu vermitteln.“ Die traditionelle Bibelübersetzung des Synods stelle alle Gläubigen zufrieden, „darunter, wie es scheint, auch viele Altgläubige: sie ist uns bereits zur Gewohnheit geworden“. Private Übersetzungen, wie auch diejenige des 1953 in London herausgegebenen Matthäus-Evangeliums, können niemals

diese Bedeutung erlangen. „Daher muß die Liebe und Zuneigung der Altgläubigen ganz und gar der traditionellen russischen Übersetzung gelten, die uns von der Russischen Orthodoxen Kirche dargeboten wird.“

Die neue Bibelausgabe, die jetzt der Öffentlichkeit übergeben wurde, ist zweifellos als ein neuer Erfolg der stillen und beharrlichen Politik des Patriarchats zu werten. Und wie auch diese neue Konzession der Regierung auf dem religiösen Sektor zustande gekommen sein mag, wie sehr hierbei auch Rücksichten auf die internationale, universale Verflechtung der christlichen Kirche mitgespielt haben mögen: auch als ein Geschenk weltgeschichtlicher Entwicklung und universaler Zusammenhänge werden die russischen Christen dankbar wieder die Bibel zur Hand nehmen.

## Die Stimme des Papstes

### Botschaft an die christlichen Arbeiter zum 1. Mai

*Zum ersten Mal wurde in diesem Jahr am 1. Mai das Fest des heiligen Josefs des Arbeiters gefeiert. Die Ansprache, die der Heilige Vater aus diesem Anlaß an die christliche Arbeiterwelt hielt, war unmittelbar — über den Rundfunk — an den Kongreß der italienischen christlichen Arbeiterbewegung (ACLI) gerichtet, der in Mailand tagte. Auf dem Domplatz in Mailand hörte die Menge der Kongreßteilnehmer die Botschaft an. Wir geben diese Ansprache unter Weglassung derjenigen Abschnitte wieder, die sich ausschließlich an die italienischen Arbeiter der ACLI richteten. Die für die gesamte christliche Arbeiterwelt wichtigen Teile der Ansprache lauteten:*

Wir möchten den Blick darauf lenken, daß, wenn es sich um katholische Arbeiter handelt, es nicht so sehr darauf ankommt, ihre Einheit zu schaffen, als diese anzuerkennen und im eigenen Bewußtsein und dem der anderen zu bekräftigen, denn sie ist schon vorhanden in der Substanz und an der Wurzel ihres Glaubens an den einen Christus, den Erlöser aller Menschen, und an die eine Kirche, die Mutter aller Gläubigen über jede Grenze und über jedes Sonderinteresse hinweg. In dieser wesentlichen und granitenen Einheit finden die katholischen Arbeiter auch den eigentlichen Anstoß, ja die Pflicht, sich der gesamten sie umgebenden Umwelt aufzuschließen, um überall das Reich Gottes zu verbreiten, das das Reich der Gerechtigkeit und der Liebe ist. Die tiefste Daseinsberechtigung eurer wie jeder anderen katholischen Vereinigung ist also nicht in der Furcht vor anderen Bewegungen oder in der Konkurrenz mit anderen oder auch in jenem Solidaritätsgefühl zu suchen, das die Mitglieder ein und derselben Kategorie verbindet, sondern in der inneren Verpflichtung und dem Eifer, der euch als Katholiken erfüllt, zu Aposteln Christi unter euren Brüdern zu werden, die seine heilbringende Botschaft nicht kennen oder abweisen . . .

Geliebte Söhne und Töchter! Erhaltet diese religiöse christliche Grundlage eurer Vereinigung unangetastet und fest in der sicheren Überzeugung, daß keine geschichtliche Entwicklung der Arbeiterbewegung ihre Daseinsberechtigung, ihre Einheit, ihr Recht auf Ausbreitung zerstören kann; denn solange es Arbeiter geben wird, kann jene Entwicklung die Beziehung zwischen euch und Chri-

stus, zwischen euch und euren Brüdern nicht ändern. Wie immer sich die Zukunft der Arbeiterwelt gestalten mag, immer wird es nötig sein, daß ein mehr oder weniger großer Kern von Aposteln dem sozialen Leben das Siegel des Reiches Christi aufdrückt und es erhält, indem sie jene Werte verwirklichen und schützen, die jedem reifen und verantwortungsbewußten Menschen und Arbeiter ganz besonders am Herzen liegen: Gerechtigkeit, Freiheit, Friede in positiver Zusammenarbeit aller Klassen . . .

Und doch scheint es, daß es manchen Menschen nicht einleuchtet, daß die christlichen Arbeitervereinigungen die logische und notwendige Folge der innersten Substanz des christlichen Glaubens selber sind; sie zeigen vielmehr ein gewisses Unbehagen und meinen, sie müßten die Existenz der christlichen Arbeitervereinigungen rechtfertigen und geradezu entschuldigen. Bei wem und wegen welcher Verschuldung entschuldigen? Entschuldigen gegenüber dem, was sie die Arbeiterbewegung als solche nennen; entschuldigen wegen der angeblichen „Spaltung“, die die christlichen Arbeitervereinigungen in die Bewegung selber hineintrügen? Jede soziale Bewegung, und also auch die der Arbeiter, setzt als Ausgangspunkt und Ziel den Menschen mit seiner übernatürlichen Bestimmung und seiner Gesamtheit von natürlichen Rechten und Pflichten voraus, von denen man nicht absehen kann, auch wenn die Bewegung sich unmittelbar wirtschaftliche und nicht grundsätzliche Ziele steckt. Und was die gefürchtete „Spaltung“ und Trennung anbetrifft, so ist die Wahrheit genau das Gegenteil. Die christlichen Arbeitervereinigungen wollen allen ihre Tore öffnen, sie wünschen, immer umfassendere Verständigung zwischen den Zugehörigen zur Arbeiterwelt herzustellen und lieber zu geben als zu nehmen. Ein beredter Beweis dafür wurde gerade im vergangenen Jahr geliefert, als die christlichen Arbeiter das Fest des 1. Mai, das bis dahin als Wahrzeichen eines ganz bestimmten Teils der Arbeiterschicht galt, allen zugänglich machten . . . Wie daher die Erhaltung der eigenen Physiognomie die christliche Arbeiterbewegung nicht daran hindern darf, einen immer größeren Einfluß auch außerhalb des eigenen Kreises auszuüben, so müßt ihr auch darüber wachen, daß sie nicht in der Arbeiterbewegung als solcher verschwindet und aufgesaugt wird . . .